



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidentin des Landtags
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17. November 2016

Seite 1 von 7

Telefon 0211 871-

Telefax 0211 871-

Kleine Anfrage 5269 des Abgeordneten Daniel Schwerd (fraktionslos) „Reichsbürger in Nordrhein-Westfalen“, LT-Drs. 16/13236

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage 5269 im Einvernehmen mit dem Justizminister wie folgt:

Frage 1:

Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich Organisation, personeller Stärke, Mitgliederentwicklung, Zusammensetzung, Herkunft, Anführerschaft, Motivation, Gesinnung und Gewaltbereitschaft von sogenannten "Reichsbürgern" seit 2012 vor?

Seit dem Jahr 2014 kommt es auch in Nordrhein-Westfalen zu einer zunehmenden Anzahl von Vorkommnissen mit sogenannten „Reichsbürgern“ bzw. „staatlichen Selbstverwaltern“. Anhänger der „Reichsbürgerbewegung“ stellen dabei öffentlich oder bei ihren Kontakten mit staatlichen oder kommunalen Ämtern und Behörden die Behauptung auf, dass noch immer das Deutsche Reich mit seinen Grenzen der 1930er Jahre bestehe und somit die Bundesrepublik Deutschland und ihre Institutionen weder existierten noch eine rechtliche Legitimation hätten.

Die heterogene Reichsbürgerbewegung besteht aus einer Vielzahl von Kleinstgruppierungen, die zum Teil miteinander kooperieren, zum Teil

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Der Minister

Seite 2 von 7

aber sich auch scharf voneinander abgrenzen. Neben kleinen, sektenartigen Gruppen mit hohem Organisationsgrad gibt es ebenso lose strukturierte Gruppierungen sowie Einzelpersonen, die nur im Internet aktiv sind bzw. sich an Behörden wenden. Die Szene befindet sich in einem steten Wandel.

Im Internet finden sich zahlreiche Webseiten und Facebookprofile von verschiedenen Gruppen, die sich als "Reichsbürger" bezeichnen. Hier finden sich oftmals auch Musterformulare, mit denen "Reichsbürger" die Ämter und Behörden beschäftigen wollen. Einige Personen nutzen die Musterformulare und Handlungsempfehlungen von "Reichsbürgern", um staatlichen Zahlungsforderungen zu entgehen, ohne dass sie sich in entsprechenden Gruppen organisieren.

Idealtypisch lassen sich die „Reichsbürger“ derzeit in drei Gruppen unterteilen:

1. Verschwörungstheoretiker,
2. Rechtsextremisten,
3. Personen, die nach Argumenten suchen, ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat zu bestreiten.

Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass das Personenpotential in Nordrhein-Westfalen derzeit bei etwa 200-300 „Reichsbürgern“ liegt. Die Zahl kann sich durch die weitere Aufhellung des Dunkelfelds allerdings noch erhöhen.

Frage 2:

Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich regionaler und örtlicher Treffpunkte, durchgeführter Aktionen sowie öffentlicher medialer Aktivitäten (z.B. Nutzung Internet, soziale Netzwerke) von sogenannten "Reichsbürgern" seit 2012 vor? Geben Sie auch an, inwieweit Veranstaltungen, Netzwerke und Treffpunkte gemeinsam mit Rechtsextremen genutzt wurden?



Der Minister

Frage 4:

Seite 3 von 7

Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Verbindungen von sogenannten "Reichsbürgern" zu als rechtsextrem eingestuft Gruppen oder Personen?

Die Fragen 2 und 4 werden zusammen beantwortet.

Wie bereits in der Antwort zu Frage 1 dargelegt, gibt es Schnittmengen zwischen „Reichsbürgern“ und der rechtsextremistischen Szene. Einige bekannte Rechtsextremisten versuchten in der Vergangenheit, die Reichsbürgerbewegung zu beeinflussen und gründeten eigene Gruppen. Dazu zählen Horst Mahler mit der „Völkischen Reichsbewegung“ und Rigolf Hennig mit dem „Freistaat Preußen“ in Verden an der Aller.

Frage 3:

Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich Straftaten, Widerstandshandlungen, Übergriffe auf Vertreter öffentlicher Stellen oder Ordnungswidrigkeitsverfahren von sogenannten "Reichsbürgern" vor? Listen Sie alle bekannten Fälle seit 2012 auf.

Am 28.10.2016 wurde im polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem IGVP das Schlagwort "Reichsbürger" eingeführt. Die statistische Erfassung im Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) sieht kein Schlagwort für die Reichsbürgerbewegung bzw. deren Ableger vor.

In den Justizstatistiken sind „Reichsbürger“ nicht erfasst. Entsprechend verhält es sich für das staatsanwaltschaftliche Registrierungssystem MESTA. Eine händische Auswertung der im genannten Zeitraum geführten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren sowie der polizeilichen Ordnungswidrigkeitsverfahren ist innerhalb der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Informationen über kommunale Ordnungswidrigkeitsverfahren betreffend „Reichsbürger“ liegen der Landesregierung nicht vor.



Der Minister

Seite 4 von 7

Eine in den polizeilichen Vorgangs- und Auskunftssystemen durchgeführte Recherche hat 67 registrierte Straftaten ergeben, bei denen die Tatverdächtigen zumindest im Verdacht stehen, den sogenannten „Reichsbürgern“ anzugehören oder entsprechendes Gedankengut vertreten zu haben. In 19 Fällen davon handelte es sich bei den Geschädigten um Mandatsträger, Beamte oder andere Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. In vier Fällen wurden Gewaltdelikte begangen. Dabei handelte es sich um drei Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte und ein Körperverletzungsdelikt. In drei Fällen sind Verstöße gegen das Waffengesetz begangen worden. Vornehmlich sind bei den sogenannten „Reichsbürgern“ jedoch Volksverhetzungsdelikte, Propagandadelikte und Beleidigungen festzustellen (vgl. die Anlage).

Im Umgang mit Behörden haben „Reichsbürger“ mit Hilfe frei erfundener Schadensersatzforderungen eine Form der Einschüchterung von Behördenangehörigen entwickelt – die sogenannte „Malta-Masche“. Mittels des US-amerikanischen Schuldnerregisters UCC und maltesischen Inkassofirmen werden vollstreckbare Titel vor maltesischen Gerichten erwirkt, sollte der Betroffene sich nicht über einen maltesischen Anwalt dagegen vor Ort wehren. In mehreren Bundesländern wurden derartige Fälle bekannt, wobei es in keinem Fall zu entsprechenden Vollstreckungen kam.

Frage 5:

Inwieweit werden Beamte und öffentliche Angestellte bzw. Beauftragte auf dem Umgang mit sogenannten „Reichsbürgern“ vorbereitet bzw. bei Auseinandersetzungen mit ihnen unterstützt oder geschützt?

Bereits im Januar 2015 hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ein Informationsschreiben mit konkreten Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Reichsbürgern innerhalb der Landesverwaltung verteilt. Als Hilfestellung hat das Ministerium für Inneres und Kommunales -



Der Minister

Seite 5 von 7

Fachbereich Meldewesen - in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und unter Beteiligung des Verfassungsschutzes eine ausführliche Handlungsempfehlung für die Meldebehörden zum Umgang mit diesem Personenkreis herausgegeben.

Für einen schnelleren und besseren Informationsaustausch wurde ergänzend beim Verfassungsschutz ein Ansprechpartner für die Kommunen eingesetzt. Mitarbeiter des Verfassungsschutzes halten fortlaufend Vorträge zu der Thematik vor Vertretern betroffener Behörden.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales informiert ebenso alle Behörden seines Geschäftsbereichs über die Aktivitäten der sogenannten Reichsbürger, insbesondere über die „Malta-Masche“ und gibt entsprechende Handlungshinweise. Betroffenen Beschäftigten wird gegebenenfalls Rechtsschutz auf Veranlassung des Dienstherrn gewährt.

Auch im Geschäftsbereich des Justizministeriums werden die zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderlichen Maßnahmen konsequent ergriffen.

Dort, wo es vor Ort im Vorfeld gerichtlicher Handlungen sicherheitsrelevante Erkenntnisse in Einzelfällen gegeben hat, konnte diesen in Zusammenarbeit mit den Polizeidienststellen bislang begegnet werden.

Zudem wird vor allem im Bereich der Aus- und Fortbildung auf die Themen „Deeskalation und Eigensicherung“ ein besonderes Augenmerk gelegt. So werden für alle betroffenen Berufsgruppen umfangreiche Fort- und Weiterbildungen in diesem Bereich angeboten. Im Übrigen wird derzeit eine Handreichung mit weitergehenden Hinweisen zum Umgang mit „Reichsbürgern“ erstellt.“

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL



Der Minister

Anlage zur Antwort auf die Frage 3 der Kleinen Anfrage 5269

Seite 6 von 7

Tatdatum	Delikt
30.01.2012	Bedrohung
31.01.2012	Beleidigung
02.02.2012	Volksverhetzung
06.02.2012	Volksverhetzung
13.02.2012	Beleidigung
29.06.2012	Urkundenfälschung
03.07.2012	Urkundenfälschung
20.08.2012	Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen
03.09.2012	Urkundenunterdrückung/Veränderung einer Grenzbezeichnung
08.11.2012	Urkundenfälschung
12.11.2012	Sachbeschädigung an nicht frei zugänglichen Orten - ohne Kfz
17.11.2012	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
07.02.2013	Volksverhetzung
11.05.2013	Volksverhetzung
15.05.2013	Kontoeröffnungsbetrug
21.05.2013	Straftaten gegen das Waffengesetz
08.07.2013	Beleidigung
16.07.2013	Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole
25.07.2013	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
27.07.2013	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
30.07.2013	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
25.08.2013	Sachbeschädigung durch Graffiti an nicht frei zugänglichen Orten
05.09.2013	Nötigung
19.09.2013	Personalausweisgesetz
25.09.2013	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
12.10.2013	Urkundenfälschung
11.11.2013	Volksverhetzung
08.05.2014	Urkundenfälschung
08.05.2014	Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole
18.07.2014	Straftat nach dem Kunsturheberrechtsgesetz
22.07.2014	Beleidigung
29.07.2014	Volksverhetzung
08.10.2014	Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen
06.11.2014	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
24.11.2014	Straftaten gegen das Waffengesetz
16.12.2014	Straftaten gegen das Waffengesetz
29.12.2014	Volksverhetzung
26.01.2015	Volksverhetzung
04.04.2015	Volksverhetzung
22.05.2015	Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte
09.06.2015	Volksverhetzung
25.06.2015	Beleidigung
16.07.2015	Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole
27.07.2015	Volksverhetzung
04.08.2015	Beleidigung
29.08.2015	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
05.10.2015	Beleidigung
10.10.2015	Volksverhetzung



Der Minister

Seite 7 von 7

14.10.2015	Volksverhetzung
20.10.2015	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
31.10.2015	Öffentliche Aufforderung zu Straftaten
11.11.2015	Volksverhetzung
04.12.2015	Nötigung
11.12.2015	Volksverhetzung
28.12.2015	Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen
24.02.2016	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
31.03.2016	Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen, Abzeichen
14.04.2016	Erpressung
18.04.2016	Volksverhetzung
11.05.2016	Nötigung
25.05.2016	Beleidigung
12.06.2016	Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte
29.06.2016	Volksverhetzung
03.08.2016	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
04.08.2016	Vorsätzliche einfache Körperverletzung
15.08.2016	Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten
29.09.2016	Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte